

Christoph Heinemann

Christoph Heinemann studierte Geschichte, Romanistik und Musik in Rom und Florenz. Der ehemalige Frankreich-Korrespondent des Deutschlandfunks ist inzwischen Leiter der Abteilung ‚Aktuelles‘ des Senders. Anfang der 70er Jahre begleitete er an Wochenenden häufig seinen Vater, der im Kloster Maria Laach als Organist tätig war.



Christoph Heinemann

Schaffen wir das?

Wie die Migranten Deutschland Beine machen*

Einleitung

„Weil Ihr Fremde seid“. Das Flüchtlingsthema unter vielen verschiedenen Aspekten. Damit wollen wir uns heute Morgen beschäftigen. Vorher eine Einschränkung: Ich bin weder Soziologe noch Politikwissenschaftler, ich bin Journalist und möchte Ihnen Eindrücke und Folgerungen aus meiner Arbeit, der täglichen Beobachtung, schildern.

Wenn Sie sich bitte kurz vorstellen, worum im letzten Bundestagswahlkampf 2013 gerungen wurde, dann wird jedem klar, was sich verändert hat: Es ging um einen flächendeckenden Mindestlohn,

um die Mütterrente, die Rente mit 63 und die Autobahn-Maut; die Finanzkrise wirkte noch nach, die Griechenlandkrise würde ihre volle Dramatik noch entfalten. Hätte Anfang 2016 - gut drei Jahre später - eine Bundestagswahl stattgefunden, und eine Partei wäre mit solchen oder vergleichbaren Themen an den Start gegangen, sie hätte sich das Geld für diesen Wettbewerb sparen können. Sie wäre nicht gewählt worden. Stattdessen erwarten viele Menschen seit September 2015 Antworten auf das, was uns noch lange beschäftigen wird.

I. Ankunft

2015 gab es drei Etappen: Anfang September rief der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann seine deutsche Amtskollegin an. Vor allem in Ungarn warteten zehntausende Menschen unter unwürdigen Bedingungen auf eine Ausreise. Angela Merkel entschied damals, die Grenzen zu öffnen. Das hieß, diese Menschen größtenteils ohne Kontrolle oder Registrierung in die Bundesrepublik einreisen zu lassen. Sie erinnern sich an die Bilder aus München. Menschen im In- und Ausland rieben sich die Augen angesichts der applaudierenden Bürgerinnen und Bürger. Ein Wort wurde geprägt: „Willkommenskultur“. Im ganzen Land entstanden Bürgerinitiativen. Und viele haben damals zusammen mit der Kanzlerin geglaubt: Wir schaffen das. Wenige Wochen später tauchten erste Berichte darüber auf, dass sich Menschen aus den nordafrikanischen Staaten Marokko, Algerien und Tunesien unter die Flüchtlinge aus Syrien gemischt hätten und sich als Syrer ausgeben würden. Die Sicherheitsdienste meldeten sich fast zaghaft zu Wort und wiesen darauf hin, dass die unkontrollierte Einreise auch unter dem Gesichtspunkt Sicherheit durchaus problematisch zu bewerten sei. Diese Einwände wurden im Rückblick zu wenig ernst genommen.

Thematisiert wurde diese Gefahr erst wieder in der Folge des 13. November, d.h. nach den Anschlägen von Paris. Damit begann eine zweite Phase. Und in den Blick geriet jetzt stärker eine Kritik, die der CSU-Politiker Markus Söder beim Gespräch mit der Kanzlerin in Wildbad Kreuth so formuliert hat: Die Grenzen im September zu öffnen, war human. Dauerhaft unbegrenzte Zu-

wanderung zuzulassen, war ein Fehler und Rechtsbruch. Zumal, da eine europäische Lösung überhaupt nicht erkennbar war. Im Gegenteil: Viktor Orban, Ungarns Ministerpräsident, sprach von „Angela Merkels Flüchtlingen“ und von einem „moralischen Imperialismus“, der von Deutschland ausginge. Angela Merkel hatte inzwischen eine Flüchtlingsunterkunft besucht. Sie hatte Selfies mit Flüchtlingen zugelassen. Und sie hat die Wirkung dieser Bilder mit Sicherheit unterschätzt. In den betroffenen Staaten, insbesondere in Afghanistan, wurden diese Fotos als Einladung gelesen. Rührend, wie Menschen auf dem Weg über die Balkanroute Fotos der Kanzlerin und Transparente in die Höhe hielten. Schlepper in Afghanistan köderten ihre Opfer mit dem falschen Versprechen, in Deutschland bekäme jeder eine Wohnung und ein üppiges Begrüßungsgeld. Trotz einiger kritischer Stimmen überwog die Zustimmung zur Politik der Bundesregierung. Auf die Haltung der CSU komme ich noch zu sprechen. Eine Politik, die auch von allen Oppositionsparteien im Bundestag mitgetragen wurde. Ablehnung äußerte sich auf den Straßen und im Internet: Pegida, AFD und die haßerfüllten Kommentare auf Facebook und Twitter.

An diesem Punkt ein kleiner Einschub: Wir wollen schauen, was sich verändert hat und wie Veränderungen weiter verlaufen. Erste Erfahrungen mit Flüchtlingen hat Deutschland in sehr geringem Umfang in den 80er Jahren mit den Vietnamesen gemacht, die von der Organisation Cap Anamur aus dem südchinesischen Meer gerettet wurden. Damals hat die Politik – namentlich der damalige Ministerpräsident von Nieder-

sachsen, Ernst Albrecht, CDU - sehr unkonventionelle Wege beschritten, damit diese Menschen an bürokratischen Hürden vorbei nach Deutschland gelangen konnten. Wir sprechen hier von zehn- bis zwanzigtausend Menschen - einer Größenordnung, die bei weitem mit der heutigen nicht vergleichbar ist. Die Menschen, die damals kamen, sind nahezu ausnahmslos perfekt integriert.

Dann kamen die Balkankriege: In den Jahren 1994 bis 1997 gelangten pro Jahr mehr als 300.000 Menschen nach Deutschland. Dies verlief im Ganzen erstaunlich reibungslos. Allerdings passierte in dieser Zeit auch etwas anderes: die Anschläge, teils Mordanschläge, von 1991 Hoyerswerda, Mölln, 1992 Rostock-Lichtenhagen, Görlitz, Solingen. Und der Versuch der Erklärung: die gescheiterten Lebensentwürfe vieler ehemaliger DDR-Bürger, zerstörte Berufslebensläufe, zerstörte Familien, Entwurzelung, Orientierungslosigkeit, teilweise Überforderung mit Freiheit (der heute eine Überforderung mit der so bezeichneten Globalisierung entspricht), der Hochmut, mit dem Wessis teilweise über Ossis zu Gericht saßen. Dies waren Erklärungsversuche, rechtfertigen lassen sich solche Straftaten nicht.

Beides, was wir heute erleben, ist bekannt: Zustimmung, Zupacken, „Wir schaffen das“ einerseits. Und andererseits die ausgelebten und in einem Teil der Bevölkerung akzeptierten und befeuerten Vernichtungsphantasien. Damals standen die Aktionen im Mittelpunkt, die Angriffe auf die Schwächsten, auf Flüchtlinge und Migranten in den Unterküften. Heute auch, aber heute ist mit den sozialen Medien ein wirkungs-

volles Propagandainstrument hinzugekommen. Und wir alle wissen: Hemmschwellen werden zumeist über Sprache gesenkt. Christian Wolff, der ehemalige Pfarrer der Thomaskirche in Leipzig, hat mir einmal gesagt, er habe sich die Stimmung im Deutschland der dreißiger Jahre vor und nach der Machtergreifung der Nazis nie vorstellen können. PEGIDA und die Fortsetzung von PEGIDA im Internet haben ihm die Augen geöffnet.

Autoreninfo

Die genauen Angaben zum Autor finden Sie in der gedruckten Ausgabe.

Fast kann man den Eindruck bekommen, als hätten sich beide Seiten radikalisiert. Der Applaus am Münchner Hauptbahnhof - sicherlich eine sehr schöne Geste. Ohne jemandem Unrecht tun zu wollen und voller Respekt vor denjenigen, die sich aufopfern, die neben Beruf und Privatleben helfen, trotz mancher Rückschläge und Frustrationen: Es wirkte aber auch etwas verbissen. Als stünden wir unter Beobachtung. Andererseits der restlos enthemmte Mob. Im doppelten Sinne ist die Zivilgesellschaft im Zuge der Zuwanderung aufgewacht. Der Bundespräsident sprach vom hellen und dem dunklen Deutschland. Wünschenswert wäre mehr hellgrau. Die dritte Phase begann in der Silvesternacht. „Silvester ändert alles“, twitterte damals der CSU-Politi-



ker Markus Söder. Zu Recht und unter verschiedensten Gesichtspunkten.

II. Folgen

1. Recht

Spätestens ab Silvester steuerte die politische Entwicklung auf eine Krise zwischen den Unions-Schwesterparteien zu. Die Europäische Union ist eine Rechtsgemeinschaft. Zusammengehalten wird sie durch Verträge, deshalb ist der rechtliche Aspekt der Zuwanderungsbewegung wichtig. Gestützt auf ein juristisches Gutachten des ehemaligen Verfassungsrichters Udo di Fabio (und von Äußerungen des ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier) spricht Horst Seehofer von einer „Herrschaft des Unrechts“. Zur Erinnerung: Der Begriff Unrechtsstaat wurde früher für die DDR verwendet. Dieser Vorwurf zielt darauf ab, dass die Bundesregierung nach der Überzeugung der bayerischen Staatsregierung die deutschen Grenzen unzureichend schützt. Für die CSU heißt das:

„Geltendes Recht wird nicht beachtet. Hinsichtlich der Nichtanwendung des geltenden Rechts wurden Bundestag und Bundesrat zu keinem Zeitpunkt beteiligt. Das europäische Dublin- und Schengensystem ist zusammengebrochen. Der Bund steht – wie das Gutachten bestätigt – deshalb in der Verantwortung, die Herrschaft des Rechts wieder herzustellen und für wirksame Einreise- und Grenzkontrollen zu sorgen. Die Zahl der illegal einreisenden Flüchtlinge muss nachhaltig begrenzt werden. Weder aus dem Grundgesetz

noch aus dem Völker- oder Europarecht kann eine Verpflichtung Deutschlands abgeleitet werden, den Schutz aller Menschen weltweit durch Einreiseerlaubnis zu garantieren. Insbesondere besteht auch keine Verpflichtung zur unbegrenzten Aufnahme von Opfern eines Bürgerkriegs oder bei Staatenzerfall. Eine nationale oder europäische Kontingentierung für Flüchtlinge ist nicht nur zulässig, sondern (soweit nicht generell Zurückweisungen an der Grenze erfolgen) verfassungsrechtlich geboten.“

Vor allem die Tatsache, dass Migranten ohne gültige Einreisepapiere ungehindert in das Land einreisen konnten, kritisierte die CSU. Als einzige im Bundestag vertretene Partei. Dagegen steht die Aussage der Kanzlerin, die gesagt hat, man könne 3000 Kilometer deutsche Grenze nicht einzäunen. Das gilt übrigens auch für das sogenannte Dublin-Abkommen. Das ist ein völkerrechtlicher Vertrag mit dem geregelt wurde, wie in der Europäischen Union Asylanträge gestellt werden. Der Kern besagt, dass der Staat das Asylverfahren durchführen muss, den der Antragsteller zuerst betreten hat. Dieses Übereinkommen gilt seit 1997 und ist als Dublin II und Dublin III 2003 und 2014 angepasst und auf einige Nicht-EU-Staaten erweitert worden. Ein Ziel dieser Verordnung: Es sollte verhindert werden, dass Asylbewerber mehr als ein Verfahren auf dem Gebiet der Europäischen Union anstrengen können – Einschränkung des Asyl-Tourismus. Dieses Verfahren kann man mit guten Gründen kritisieren. Es belastet die Staaten, die über Außengrenzen verfügen, und entlastet die anderen. In der

Tat haben auch die jeweiligen Bundesregierungen jahrelang gezielt weggehört, wenn die Südländer auf unhaltbare Zustände verwiesen, etwa auf der vollkommen überfüllten italienischen Insel Lampedusa.

Kann eine Regierungschefin das Dublin-Abkommen einfach für nicht praktikabel und damit de facto für ungültig erklären? Nehmen wir Seehofers Kritik und die Aussetzung des Dublin-Abkommens zusammen, ergibt sich hier durchaus das Bild eines Staates, der es mit dem geltenden Recht nicht so genau nimmt. Die Gründe mögen ehrbar sein. Aber man sollte dabei bedenken, was das für eine bürgerliche Partei und deren Wählerinnen und Wähler bedeutet. Dass sich deutsche Behörden geradezu lustvoll in Einzelheiten verlieren können, weiss jeder, der hierzulande schon einmal eine Steuererklärung abgegeben hat. Wie will man den Bürgerinnen und Bürger diese Notwendigkeit erklären, wenn im Großen Recht nicht mehr gilt. Bundesregierungen haben auf Europäischer Ebene immer Gesetzgebungen im Sinne des Gemeinwohls aber auch im eigenen Sinne beeinflusst. Der CDU-Europapolitiker Karl Lamers hat es einmal so ausgedrückt: „Wir müssen führen, aber ohne, dass es jemand merkt“. Dass sich eine Bundesregierung hinstellt und nach innen wie nach außen verkündet, 'das gilt jetzt nicht mehr', war ungewöhnlich. Und es ist ziemlich sicher, dass dies auch noch ein Nachspiel haben wird. Udo di Fabio weist auch auf die außenpolitischen Folgen hin:

„Die Mängel in einem praktisch gescheiterten europäischen Einwanderungs- und Asylsystem tragen erheb-

lich dazu bei, dass vom Nahen Osten aus über die Türkei und den Balkan bis nach Deutschland und Schweden das System geordneter Einreise und eines kontrollierten Aufenthalts jedenfalls zeitweise und bis heute anhaltend zusammengebrochen ist. Die Systemdefizite verschärfen Spannungslagen zwischen Mitgliedstaaten und führen in eine außenpolitische Abhängigkeit von Nachbarländern.“

2. Außenpolitik

Zu den Grundsätzen der Außenpolitik gehört, dass man sich nie in Abhängigkeit einer anderen Regierung begeben sollte. Dass ist ein Sinn der Europäischen Union, wo Interessen ausgeglichen und Probleme mit einem gewaltigen Apparat klein gemahlen werden. Auch um zu verhindern, dass die Interessen der kleinen Staaten unter die Räder geraten. Das hat sich geändert:

Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, der beste Absichten und höchst menschliche Motive zu bescheinigen sind, hat die türkische Regierung und namentlich den türkischen Präsidenten Erdogan (über dessen Mitverantwortung für die Zustände in Syrien einiges zu sagen wäre) in eine Position der Überlegenheit befördert. Das wurde für die Allgemeinheit bereits im Februar 2016 erkennbar, als Protokollnotizen vom G20-Gipfel im November 2015 in Antalya in der Presse veröffentlicht wurden. Es ging um ein Gespräch Erdogans mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und dem Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk. Damals drohte Erdogan der EU mit der vollständigen Öffnung der Grenzen und mit gezielten Flüchtlingstransporten Richtung Griechen-



land, sollte die EU ihr Angebot an die Türkei nicht erhöhen. Es ging dabei vor allem um die Hilfgelder der EU für eine bessere Unterbringung von Flüchtlingen. Schätzungen zufolge hat die Türkei rund zwei Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Das muss anerkennend hinzugefügt werden. Die Türkei selbst spricht von drei Millionen Menschen und beziffert die Kosten auf acht Milliarden Euro. Als Juncker ankündigte, die EU plane, der Türkei drei Milliarden für zwei Jahre zur Verfügung zu stellen, soll Erdogan geantwortet haben: „Wir können die Tore nach Griechenland und Bulgarien jederzeit öffnen und die Flüchtlinge in Busse setzen“. Wie sehr die EU auf die Türkei angewiesen ist, zeigt auch, dass die EU Ankara eine visafreie Einreise für Türken in den Schengen-Raum und die Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche für die Europäische Union in Aussicht gestellt hat. Beides war bis zu diesem Zeitpunkt mit Blick auf die Entwicklung der Türkei undenkbar. Erdogan sagte, falls es zu keiner Einigung komme, werde die EU mit mehr als nur einem toten Jungen an der türkischen Küste konfrontiert. Es würden dann 10.000 oder 15.000 sein. Und er stellte die zynische Frage, die er sich selbst ja eigentlich auch stellen mußte, 'Wie wollen Sie damit umgehen'? Zur Abrundung dieses Gesprächs beschimpfte Erdogan dann auch noch Juncker und sagte, dessen Heimatland Luxemburg verfüge gerade einmal über die Größe einer türkischen Stadt. Offenbar also verkennend, in welcher Funktion Juncker mit ihm sprach. Derselbe Erdogan, der auf das vollkommen mißratene Schmähegedicht des Jan Böhmermann reagiert hat und reagieren ließ, als handele es sich

um einen Angriff auf sein Land. „Bewusst verletzend“ wirke das Gedicht, versicherte Angela Merkel gegenüber dem türkischen Ministerpräsidenten, gerichtet an den Staatspräsidenten. Einem Mann, dessen islamistisch-autokratischer Herrschaftsstil sich mehr und mehr von den europäischen Werten entfernt. Der keine Gelegenheit verstreichen lässt, um die Meinungs- und Pressefreiheit bewusst zu verletzen. Beispiel: der Prozess gegen den Chefredakteur und den Chef des Hauptstadtbüros der Zeitung Cumhuriyet. Im Mai (06.) schrieb die FAZ in einem Kommentar:

„Die Staatskrise um die Mimosen Erdogan und Böhmermann zeigt auch, wie gut es uns geht und was der Türkei noch alles fehlt. Rechtsstaatliche Bedingungen sind keine Fragen von Buchstaben - da geht es um Wirklichkeit. Und die trägt in der Türkei zur Zeit einen autoritären Schleier. Darauf von außen hinzuweisen, ist keine Einmischung - sondern schlicht europäisch.“

Und die EU? Kein Wort über die wohlwollende Duldung der Aktivitäten der Terrorbande IS, die türkisches Gebiet lange Zeit als Rückzugsraum nutzen konnte. Kein Wort über den Krieg, den Erdogan gegen den kurdischen Teil seiner Bevölkerung führt. Kaum Kritik an den Menschenrechtsverletzungen, der Einschränkung der Pressefreiheit, seinen Anstrengungen zur Islamisierung der Gesellschaft, mit allem was dies z.B. für die Rechte und die Stellung der Frauen bedeutet. Angela Merkel machte Erdogan sogar im laufenden Wahlkampf ihre Aufwartung. Und der nutzte

natürlich die Bilder mit der starken Frau Europas. Erdogan macht weiter und das bedeutet: Krieg gegen kurdischen Terror und Kurden; Krieg gegen die Terrorbande IS, Kampf gegen alle Andersdenkenden (dazu gehört auch die jüngste Entmachtung des Ministerpräsidenten Ahmed Davutoglu), insbesondere in den Medien: ein Alleinherrscher, der sich für unfehlbar hält.

3. Europäische Union

Jean-Claude Juncker hat zu seinem Amtsantritt als Präsident der Europäischen Kommission gesagt, die Europäische Union verfüge über zwei Probleme: Sie sei zu wenig europäisch und zu wenig Union. Das war vor der Ankunft der vielen Menschen in Europa und Deutschland. Den gegenwärtigen Zustand kann man unter Zuhilfenahme eines Begriffs von Gerhard Schröders Agenda 2010 beschreiben als eine Ansammlung von Ich-AGs. Die Union hat immer wieder Krisen erlebt. Erinnern Sie sich an das Zerwürfnis zwischen Jacques Chirac und Gerhard Schröder Ende der 90iger Jahre, das zu einem der schlechtesten europäischen Verträge, dem Vertrag von Nizza, führte - sehr zur Freude der damaligen nationalistischen Regierung Kaczynski in Polen. Allerdings haben beide Seiten damals daraus gelernt: Chirac und Schröder haben damals einen deutsch-französischen Gesprächsprozess aufs Gleis gesetzt, (Blaesheim-Treffen), der hervorragend funktioniert hat. Heute ist die Lage eine andere: So wenig EU wie in Folge der Zuwanderung von 2015/2016 gab es noch nie.

Und das hat auch mit der Herangehensweise der Bundesregierung zu tun. Was hätte dagegen gesprochen, wenn Angela Merkel noch am selben Wochenende

Anfang September 2015 eine Pressekonferenz (oder eine Videoschleife) zusammen mit den Staats- und Regierungschefs zumindest der großen Mitgliedsstaaten der EU einberufen hätte, während der die Grenzöffnung dann als eine europäische erklärt worden wäre. Unter der Hand hätten sie absprechen könnten, dass Deutschland die Flüchtlinge aufnimmt, die anderen höchstens eine geringe symbolische Anzahl. Damit wäre der europäische Charakter gewahrt geblieben. Man darf nämlich nicht unterschätzen, dass die Bilder der deutschen Großzügigkeit auch Neid ausgelöst haben. Und die Schwester des Neides ist die Schadenfreude, die nach der Silvesternacht in einigen europäischen Ländern erkennbar war. In Frankreich durchaus mit Häme verbunden, in dem Sinne: Die Deutschen haben jetzt auch ihre Araber, viel Spaß.

Alain Juppé, der voraussichtliche Präsidentschaftskandidat der französischen Konservativen und überzeugter Europäer, hat gesagt, es gehe nicht an, dass Bundeskanzlerin Merkel im Alleingang mit dem türkischen Präsidenten Erdogan über die Flüchtlingsfrage entscheide. Frankreich hätte sein Veto einlegen müssen.

Hier rächt sich, dass die Bundesregierung insbesondere in der Griechenlandkrise in der Sache meistens berechtigt und auch keineswegs so allein, wie immer behauptet wurde, gehandelt hat: im Gegenteil: die meisten nordeuropäischen Regierungen standen hinter Angela Merkel und waren froh, dass sie und Wolfgang Schäuble den Kampf mit der griechischen Regierung ausfochten. Aber häufig stimmte der Ton nicht. Erinnert sei an den Ausruf des Unions-



fraktionsvorsitzenden Volker Kauder 2011, in Europa werde jetzt Deutsch gesprochen. So etwas wäre unter Helmut Kohl nicht denkbar gewesen. Noch einmal sei der kluge Europapolitiker Karl Lamers zitieren: „Wir müssen führen, aber ohne dass es jemand merkt.“ Damals wie heute: Hier stoßen zwei Welten, zwei grundverschiedene Haltungen aufeinander.

Im Dezember 2015 forderte der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann - Österreich hat proportional ungefähr so viele Menschen aufgenommen, wie Deutschland - EU-Ländern, die diese Aufnahme verweigern, sollten Zuwendungen gekürzt werden. Begründung: Solidarität sei keine Einbahnstraße. Das ist eine politisch brisante Haltung: denn sie besagt, dass alle Länder die Folgen der Politik, deren rechtliche Bewertung wir eben gehört haben, mitzutragen hätten. Begründet mit europäischen Werten, die allerdings so nirgendwo rechtsverbindlich festgeschrieben sind. Europa hätte es gut zu Gesicht gestanden, wenn sich alle Staaten an der Aufnahme der Flüchtlinge, die - noch einmal - humanitär dringend geboten war, beteiligt hätten. Dazu war die EU allerdings nicht in der Lage. Die Ablehnung dieser Politik wurde vor allem in osteuropäischen Staaten unverhohlen islamfeindlich begründet. Viktor Orban wurde schon angeführt. Ähnliche Töne waren in Polen und Tschechien zu hören. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico sagte ausdrücklich mit Blick auf die Straftaten in Deutschland während der Silvesternacht, sein Land werde keine muslimischen Flüchtlinge aufnehmen. Man darf dabei auch nicht vergessen, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten erst seit weni-

gen Jahren souveräne Staaten sind und dass sie sich die Souveränität erkämpft haben. Und Neinsager gibt es nicht nur im Osten: Dänemark hat offiziell die Losung ausgegeben, das Land für Zuwanderer so unattraktiv wie nur möglich zu gestalten. Und Österreich hat seine Flüchtlingspolitik radikal geändert.

III. Aufgaben

1. Europas Wiederbelebung

Was stattdessen zu tun wäre, dass hat Matthias Naß in der Wochenzeitung DIE ZEIT so zusammengefasst:

„Erstens, eine substantiell größere Hilfe für Jordanien, den Libanon und die Türkei, also die Nachbarstaaten Syriens, die Millionen von Kriegsflüchtlingen bei sich aufgenommen haben.

Zweitens, die Unterstützung Griechenlands und Italiens beim Schutz der Außengrenzen. Dies geschieht, wie auch Vorschläge der EU-Kommission für eine Reform der Vereinbarungen von Dublin auf dem Tisch liegen.

Drittens, eine mindestens in Ansätzen faire Verteilung der Flüchtlinge in der Europäischen Union.

Viertens, die Bekämpfung der Fluchtursachen. Von den Genfer Friedensgesprächen zu Syrien, über den Kampf gegen den Terror des ‚Islamischen Staates‘ bis hin zu einer fairen Handelspolitik gegenüber den armen Staaten Afrikas.“

Diese Agenda wird uns Jahrzehnte beschäftigen. Man kann zweifeln, ob die Europäische Union in ihrer jetzigen

Form eine Zukunft hat. Eine Alternative wäre - auch aufgrund der Erfahrungen der Flüchtlingskrise - die Idee von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers aus den 90iger Jahren: ein harter Kern von EU-Staaten (etwa die Gründungsstaaten), die nationalistische Reflexe weitgehend überwunden haben und zu einer fairen und solidarischen Integration bereit sind.

Leider spricht gegenwärtig einiges dagegen. Vor allem spricht dagegen, dass fast überall die nationalistischen Reflexe stärker werden, nicht schwächer - Österreich ist ein Menetekel. Und nicht nur in Ländern, die wirtschaftlich wanken. Auch in Deutschland, dessen Beschäftigungslage schon lange nicht mehr so günstig war wie gegenwärtig.

2. Ehrliche Bilanz gescheiterter

Integration

Am 20. März erschien in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung ein Artikel unter der Überschrift „Amilas Weg“. Er beschrieb einen Leidensweg. Amilas Eltern stammen aus Bosnien. Der Vater ist praktizierender Moslem, der seine Tochter schon als diese noch ein Kind war, mit in die Moschee genommen hat - gegen den erklärten Widerstand der Mutter, die mit dem dort vermittelten Weltbild nichts anfangen konnte und die sich für ihre Tochter einen dem Gastland Deutschland entsprechenden Werdegang wünschte. Das Kind, das beide Eltern liebt, saß während seiner gesamten Kindheit zwischen den Stühlen. Der Artikel gewährt Einblicke in die Inhalte, die in Moscheen - es handelte sich in ihrem Fall nicht um eine erklärtermaßen radikale Gebetsstätte - vermittelt werden: Die Frau hat vor allem Mutter zu sein und den

Haushalt zu führen. Das Kopftuch ist Mindestausstattung. Weiter reichende Verhüllungen erwünscht. Zu dem Schriftgut, das zu Hause erlaubt ist, gehört ein Werk, in dem folgendes zu lesen ist: „Der reine und aufrichtige Glaube vollendet sich erst im Märtyrertod.“ Aber Amila schafft es mit Unterstützung der Mutter von einem islamischen Gymnasium auf eine staatliche Schule zu wechseln. Das Verhältnis zu ihrem Vater ist seither von Schweigen geprägt.

Es geht um eine Familie aus Bosnien, einem Land in Europa, kulturell mit der KuK-Monarchie verbunden, historisch ebenso (nicht nur, wenn man an Sarajewo 1914 denkt). Diese Episode ist leider kein Einzelfall: Vor einigen Jahren haben wir im Deutschlandfunk ein Feature gesendet, in dem türkische Frauen der zweiten und dritten Generation über die entsetzlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Familie, meist mit dem Vater, berichteten, wenn sie nicht den von Religion und Tradition vorgegebenen Weg einschlugen, sondern eigene Pfade zu suchen und zu diesen folgen begannen. Mitten in Deutschland. Das sind Formen gescheiterter Integration, die längst anzutreffen waren, bevor die Migrantinnen nach Deutschland kamen.

Zuwanderung bedeutet auch Chancen. Aber zunächst müssen wir auch die Probleme benennen. Frank-Jürgen Weise, der Chef der Bundesagentur für Migration und Flüchtlinge hat es im März so ausgedrückt: „Diese Menschen werden die demographischen Probleme nicht lösen.“ (abgesehen davon, dass überwiegend alleinstehende Männer nach Deutschland gekommen sind. Männer sind aus Sicht der Demogra-



phen Strohfeuer: Sie können zwar ein Berufsleben lang erwerbstätig sein, werden aber, sofern sie keine Familie gründen, die demographische Tendenz nicht verändern. Dass auch nur eine nennenswerte Anzahl derjenigen, die gekommen sind, ihre Familien werden nach holen können, erscheint gegenwärtig politisch nicht durchsetzbar.) Mit Blick auf den Arbeitsmarkt hat Frank-Jürgen Weise auch gesagt, die Ankunft dieser Menschen sei kein Glück. Vielmehr sei sie mit großen Anstrengungen verbunden. Es beginnt mit dem Deutschunterricht. Und dann folgt die Berufsqualifikation. Für diejenigen, die hier bleiben werden, kommt die Rentenproblematik hinzu.

Marine Le Pen, die Vorsitzende des rechtsextremen Front National, hat gesagt, Frau Merkel wolle mit den Flüchtlingen Arbeitsklaven nach Deutschland holen, um der deutschen Wirtschaft einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Das ist aus mehreren Gründen falsch: Zum einen gilt ab 2015 in Deutschland der Mindestlohn, der grundsätzlich - damit sind sogar auch die Arbeitgeber einverstanden - für die neu angekommenen Menschen gelten soll. Das zentrale Missverständnis besteht allerdings darin, diese Migration unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit zu deuten. Womit erschreckend viele Menschen nicht zurechtkommen, ist, dass es sich um eine an den Nöten von Menschen orientierte Entscheidung handelte. Angela Merkel hat Menschen, die Sicherheit oder ein besseres Leben suchen, ins Land geholt. Menschen, die zunächst nichts erwirtschaften und im Gegenteil viel Geld kosten werden. Der wichtigste Bestandteil dieser Politik besteht darin, dass Menschen, von denen

viele vor Krieg oder anderen Bedrohungen geflohen sind, Sicherheit geboten werden konnte. Menschlich sollte das selbstverständlich sein, war es zunächst auch, denken Sie an die Willkommenskultur. Politisch ist es ein Abenteuer und mit Blick auf die Landtagswahlergebnisse vom 13. März ein Wagnis.

3. Umgang mit Populismus

Wie wird sich Deutschland verändern? Die äußerlich sichtbarste Veränderung bildet die Verschiebung in der Parteienlandschaft. Vermutlich werden Pegida und AFD Deutschland stärker verändern als die Zugewanderten. Wobei die 25 %, welche die AFD am 13. März in Sachsen-Anhalt erzielen konnte, weniger erstaunt als die 15 % in Baden-Württemberg. Im Land des Wohlstandes, der Vollbeschäftigung und im Gegensatz zum Osten einer aus Tradition und Modernisierung bestimmten Mentalität. Dem Gefühl in der Bundesrepublik Deutschland zu den Erfolgreichen, den Leistungsträgern zu gehören. Es mag sein, dass die AFD als Partei nicht überleben wird, denn zu groß erscheinen die inneren Widersprüche zwischen einem Jörg Meuthen in Baden-Württemberg und Björn Höcke in Thüringen. Die AFD wurde als wirtschaftsliberale europaskeptische Partei gegründet. Wesentlicher Bestandteil ihres Erfolgs damals war die Kritik an der Eurorettungspolitik. Ton angehend waren damals Politiker aus dem Westen: Bernd Lucke, Olaf Henkel und andere. Diese Ausrichtung bestimmt heute nur noch zum Teil den Kurs der Partei: Dort, wo sie in engem Schulterschluss mit der islamkritischen, ausländerfeindlichen und einer „das System“ ablehnenden Pegida-Bewegung offen oder offen-

sichtlich sympathisiert, trägt die AFD rechtsextreme Züge.

Die dahinter sichtbare Unzufriedenheit, das Gefühl von Politik und Eliten geradezu vorgeführt zu werden, verdichtet durch entsprechende „Informationen“, die man im Netz finden kann, besteht unabhängig von dem politischen Gefäß AFD, in das es sich neuerdings bei Wahlen ergießt. Diese Haltung hat sich jetzt erfolgreich ihren Weg gesucht. Viele Wählerinnen und Wähler der AFD sagen, sie hätten lange Zeit geglaubt, mit ihrer Meinung allein zu sein. Ein neues Wir-Gefühl bündelt diese Kräfte. Auf der anderen Seite sollte allerdings auch nicht verschwiegen werden: Bürger, die seit Jahren nicht an Wahlen teilgenommen haben, geben wieder ihre Stimme ab. Und die rechtsextreme NPD hat keine Chance. Der Teil der Wählerinnen und Wähler, der mit rechtsextremistischen Ideen liebäugelt, hält die AFD offenbar für wirksamer.

Für eine Strategie der Ausgrenzung ist diese Partei zu stark: Was in Sachsen mit der NPD funktioniert hat, wird sich in Sachsen-Anhalt mit der AFD schon deshalb nicht wiederholen lassen, weil die Partei dort die stärkste Oppositionskraft bildet. Inhaltlich wird die Partei zu stellen sein: konservativ und völkisch-rassistisch wird zusammen nicht gehen. Björn Höckes Phantasien über den afrikanischen Ausbreitungstyp, seine Apologetik einer 1000jährigen deutschen Geschichte verträgt sich nicht mit konservativ-liberalen Grundüberzeugungen bürgerlicher Kreise.

Sprachliche Entgleisungen sind, das sollte auch betont werden, keine Erfindungen der AFD: Der frühere bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber warnte vor

einigen Jahren vor einer „durchrassten“ Gesellschaft. So etwas ist in der Bundesrepublik bisher aber nie laut beklatscht worden, das waren eher peinliche Ausreißer, Tabubrüche. Die gehören allerdings zum politischen Handwerkzeug von Demagogen: auf der Straße bei Pegida alltäglich, im politischen Raum bei der AFD ebenfalls. Insofern bildete das laute Nachdenken über den Schusswaffengebrauch an Landesgrenzen eben keinen Ausrutscher.

Schaut man sich die parlamentarische Arbeit der AFD an, so findet man beides: parlamentarische Tugend und Zustände wie in Thüringen, wo AFD und Linkspartei um die Rekorde an Ordnungsrufen buhlen („Drecksack“, „wohlstandsverwahrloste Hobbyanarchistin“). Der persönliche Lebenswandel einiger Spitzenpolitikerinnen und Politiker entspricht ganz und gar nicht einer von der Partei auch in ihrem Programm idealisierten bürgerlichen Wohlanständigkeit: Frauke Petry, Mutter von vier Kindern, ließ sich für die Zeitschrift BUNTE mit ihrem neuen Lebensgefährten ablichten. Die Bild-Zeitung berichtete über André Poggenburgs Zahlungsschwierigkeiten und infolgedessen seinen Kontakt mit Strafverfolgungsbehörden. Und auf Petra Federau ist die AFD auch nicht mehr so stolz: Einst Nummer drei auf der Landesliste für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern wurde sie auffällig durch Äußerungen wie: ‚Wegen der Flüchtlinge müsste man in Deutschland jetzt Afrikanisch lernen‘ oder ‚Die Flüchtlinge schleppten alle Arten von Krankheiten nach Deutschland ein‘. Aber nicht das hat zur Abkehr der AFD von Frau Federau geführt, sondern dass sie, die auf ihrem Facebook-Profil be-



hauptet, so lange sie lebe, werde sie für ihr Volk und ihr Land kämpfen, offenbar einen Escortservice betrieben hat. Das heißt, sie hat Frauen in arabische Länder vermittelt, Abu Dhabi und Dubai wurden genannt. Passt nicht wirklich zur Furcht vor Islam und Überfremdung.

Natürlich trifft man gescheiterte Lebensentwürfe auch bei Politikerinnen und Politikern anderer Parteien, und sonstigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an. Aber eine Partei, die exklusiv ein Lebensmodell postuliert, die Abweichungen als 68verseucht und versifft (!) darstellt, sollte sich über den Praxistest nicht wundern.

Das war alles vor dem 13. März bekannt, schadet der AFD also bislang offenbar nicht. Und das hat mit dem „Dagegen“-Gefühl zu tun und damit, dass sich ein Teil der Bevölkerung inzwischen eine eigene Wirklichkeit schafft. Der Klimawandel gilt als erfunden, Statistiken als gefälscht, andere Meinungen werden als gekaufte Lügen bezeichnet. Menschen, die eine gemeinsame Faktengrundlage nicht akzeptieren, sind unerreichbar. Dahinter verbirgt sich Angst: vor Abstieg, Überfremdung, dem eigenen Scheitern. Eine wenig bearbeitete DDR-Erziehung und DDR-Geschichte kommt hinzu sowie die vielfach demütigende Erfahrung der Bedingungen der Wiedervereinigung. In Deutschland besteht auch ein Integrationsproblem mit einem Teil der Inländer.

4. Medien

Damit wären wir bei dem Vorwurf „Lügenpresse“: Auch Medien und Medienutzung gehört zu den jüngsten Veränderungen. Heute benötigt man keine

klassischen Medien, Presse, Fernsehen und Hörfunk mehr, um sich ein Bild zu machen - wohlgemerkt: ein Bild. Das Internet bietet für jede Überzeugung vorgebliche oder tatsächliche Argumente und Belege. Ausweislich der Hörerpost, die uns im Deutschlandfunk erreicht, wissen wir, dass einige Bürgerinnen und Bürger dieses Landes der Meinung sind, dass uns von der Regierung (welche auch immer gemeint ist) vorgeschrieben werde, worüber wir in welchem Tonfall zu berichten haben, mit wem wir in welcher Ausrichtung Interviews zu führen hätten. Staatsfunk heißt das dann. Das ist Unsinn.

Andererseits müssen auch wir uns fragen: Haben wir bestimmte Themen sorgfältig genug nach allen Seiten abgeklopft? Zum Beispiel die Formen gescheiterter Integration. Heinz Buschkowsky, der ehemalige Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, hat zusammengefaßt, was er in seinem Kiez erlebt hat. Hier haben die Medien zu häufig weggeschaut. Zu selten haben sie die Schwierigkeiten im Zusammenleben mit dem islamisch geprägten Bevölkerungsteil thematisiert, wie Buschkowsky sie dargestellt hat. Es gibt viele Cem Özdemirs. Aber es gibt leider erschreckend viele Mitglieder in Parallelgesellschaften. Auch Buschkowsky kritisiert übrigens, dass man bestimmte Dinge in Deutschland nicht aussprechen dürfe, ohne dafür sanktioniert zu werden. Natürlich müssen wir darauf achten, wer sich in welcher Weise und aus welchen Gründen äußert. Aber insbesondere nach der Silvesternacht werden die Medien in Zukunft stärker ethnisch bestimmte Straffälligkeiten ausleuchten müssen. Köln war nicht verhaltensoriginell, an Silvester

wurden vielmehr mutmaßlich Straftaten verübt.

Eine konfrontative Grundeinstellung gegenüber der neuen Rechten wird dabei nicht zielführend sein: Das zeigt die Erinnerung an die Auftritte von NPD- oder DVU-Politikern an Wahlenden im Fernsehen, denen gleich eine demonstrative Ablehnungshaltung des Moderators oder der Moderatorin entgegenschlug. Eine solche Ausgrenzung stärkt den Ausnahmecharakter dieser Parteien - auch in den Augen ihrer Wähler - und es bestärkt diese darin, dass es sich bei ihnen und den von ihnen Gewählten um vom System Ausgestoßene handelt. Vielmehr sollten wir dem angelsächsisches Vorbild folgen: mit allen reden. Ein Beispiel dafür ist das Interview, das der britische Journalist Tim Sebastian mit Frauke Petry geführt hat. Auf diese Weise werden AFD-Politiker immer mehr wie die anderen Politiker reden: d.h. sie werden argumentieren müssen. Sie werden sich solcher Formen der Auseinandersetzung befleißigen müssen, die ein Teil ihrer Wählerschaft ablehnt. Oder sie werden eben rüpelhaftes Verhalten an den Tag legen. Frank Schwab, Medienpsychologe an der Universität Würzburg hat es so beschrieben: Gemeinsamkeiten suchen, um Gruppenzugehörigkeit aufzulösen (Kölner Stadt-Anzeiger 29. März 2016). Dabei gibt es viele Angriffspunkte: etwa die Heilserwartungen, die PEGIDA und auch ein Teil der AFD-Wählerschaft an eine Figur wie Wladimir Putin richtet (darin treffen sich übrigens Rechts- und Links-Extreme), wie auch in ihrer Ablehnung der Politik und der Kultur der USA.

Eine zusätzliche Aufgabe der Medien, und darüber diskutieren wir im Deutsch-

landfunk regelmäßig, wird darin bestehen, unsere Arbeit nachvollziehbarer zu gestalten. Dass wir Hörerinnen und Hörern (und Online-Lesern, oder Usern) erklären, wie unsere Sendungen zustande kommen, wie Themen gewichtet, Interviewpartner ausgesucht und nach welchen Kriterien diese befragt werden. Dazu gehört auch, dass wir Fehler, die passieren und auch in Zukunft passieren können und werden, einräumen und berichtigen. Gleichzeitig nimmt die Bereitschaft ab, für guten Journalismus, wie wir ihn gelernt haben, Geld zu bezahlen. Das spüren nicht nur die Zeitungen. Parteien wie die AFD stellen die Rundfunk-Abgabe infrage. Als Mitglied des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bin ich natürlich Partei. Dennoch: Vergleicht man die Lage hierzulande mit der in anderen Ländern, bin ich, bei aller berechtigten Kritik am öffentlich-rechtlichen System in Deutschland, doch zufrieden, denn weder die US-amerikanische Medienindustrie und ihre Verbindung zu interessengeleiteten Thinktanks halte ich für vorbildlich, noch Wladimir Putins Staatsmedien, die als Pressestellen des Kreml arbeiten. Nicht Fernsehen à la Berlusconi oder, wie häufig zu beobachten, eine durch Streichungen heruntergekommene Auslandsberichterstattung, die dazu führt, dass Mediennutzer über weltweite Entwicklungen kaum noch etwas erfahren. Aber wir dürfen uns nicht ausruhen, müssen uns im beschriebenen Sinne verändern und verbessern.

Roger de Weck, der Generaldirektor der schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG sagte unlängst in einer Rede bei uns im Deutschlandfunk: „Wir Medien sind Kinder der Aufklärung. Doch ein Großteil des Medienbetriebs



hat dies vergessen.“ Aufklärung bedeute, dass wir hinter den Werten stehen müssten, welche die Aufklärung erkämpft hat: Menschenwürde, Menschenrechte, Achtung vor dem Menschen. Und diese begründe den Willen, Orientierung zu geben in einer Welt und Weltpolitik, die zusehends chaotisch werden. Bezogen auf unser Thema heißt das, dass Medien verdeutlichen müssen, dass Menschen zu Migrant*innen werden können. Aber dass Migrant*innen immer Menschen sind.

5. Islamische Reformation

Es gibt bezogen auf Migration und Integration aber immer eine Hol- und eine Bringschuld. Letzteres bedeutet: der Islam in Deutschland wird sich verändern müssen. Islam und Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus, das kann zusammenpassen, sagt Ahmad Mansour, der selbst einst der Islamistszene angehörte. Heute lebt der arabische Israeli in Berlin und betreut Familien von radikalisierten Jugendlichen. („Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen“). Oft klappt dies aber nicht. Mansours spricht dann von einem

„Islamverständnis, das Menschen entmündigt, dass die Menschen dazu bewegt, Gott als Staatsanwalt zu sehen, der von Menschen etwas Bestimmtes erwartet. Wenn sie das nicht tun, werden sie bestraft. Das ist ein Islamverständnis, das kritisches Denken verbietet, das dazu aufruft, nichts infrage zu stellen, sondern das zu tun, was der Imam erwartet. Ein Islamverständnis, das mit der Angst vor der Hölle arbeitet, das Opfer und Feindbilder schafft. Daraus werden

Menschen, die oft mit einem sehr problematischen Verhältnis zur Sexualität aufwachsen. Die Menschen erhalten durch diese Ideologie eine Exklusivität, die ihnen das Gefühl vermittelt, zu einer Elite zu gehören. Solange diese islamistischen Inhalte in der muslimischen Community unkritisch verbreitet werden, werden sich Leute radikalisieren.“ (Kölner Stadt-Anzeiger 02.04.16).

Mansour wie auch die Wissenschaftlerin Necla Kelek werfen der deutschen Mehrheitsgesellschaft im Umgang mit dem Islam eine Mischung aus Naivität, Feigheit und Schönfärberei vor - aus einer falsch verstandenen historisch begründeten Scham vor Rassismus und Islamphobie. Mansour sagt, fünf- bis sechsjährigen Mädchen ein Kopftuch aufzuziehen sei ein Mißbrauch, der ihnen die Kindheit stiehlt.

Gehört der Islam zu Deutschland? Die kulturelle Prägekraft des Christentums und des Judentums ist in der Geschichte, etwa in der Rechtsgeschichte, unübersehbar. Ein vergleichbarer Einfluß des Islam ist hingegen nicht erkennbar. Im Gegenteil: Trotz vieler gut integrierter und den Werten des Grundgesetzes verpflichteter Muslime sorgt diese Religionsgemeinschaft immer wieder für Schlagzeilen, die Furcht und Ablehnung auslösen. Der Islamismus gehört zum Islam. Und der Terrorismus sich religiös wahnender Fanatiker gehört auch dazu. Aber auch eine erbärmliche sexuelle Verklemmtheit, die sich in Übergriffen, einem Denken in schwarz-weiß-Kategorien (die Frau als Heilige oder Hure) Ausdruck verschaffen.

Im Februar veröffentlichte der algerische Schriftsteller und Journalist Kamel

Daoud einen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, unter der Überschrift: „Das sexuelle Elend der arabischen Welt“. Er schreibt:

„Das Geschlecht ist das größte Elend in der Welt Allahs. Und zwar in solch einem Maße, dass es jenen pornographischen Islamismus hervorgebracht hat, von dem die islamistischen Prediger reden, um ihre 'Gläubigen' zu rekrutieren: Beschreibung eines Paradieses, das eher einem Bordell ähnelt als einem Lohn für die Frommen, Phantasien über Jungfrauen für Selbstmordattentäter, Jagd auf Körper im öffentlichen Raum, Puritanismus der Diktaturen, Schleier und Burka. Der Islamismus ist ein Angriff auf das Begehren.“

Auf die Frage, ob es nicht doch Fortschritte in Richtung einer Emanzipation der Frauen gebe, antwortete Daoud in einem Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT (03.03.2016): „Die Westler, die die arabische Welt lieben, wollen das gern glauben.“ Und er fügt hinzu, die Lage der Frau in der arabischen Welt bleibe tragisch. Von Freiheit könne keine Rede sein. Und ohne die Freiheit der Frauen werde man nicht begreifen, was Freiheit ist. Daoud stellte dies auch in einen Zusammenhang mit der Migrationsbewegung. Auch er befürchtet, dass sich die aufnehmenden Gesellschaften etwas vormachten. „Der syrische Flüchtling lässt seinen Lebensstil nicht in Syrien zurück.“

Wenn das stimmt und so bleibt, dann wird Integration ausgesprochen schwierig. Damit der Islam in Deutschland Anerkennung finden kann, müsste gewährleistet sein, dass man Zugewander-

ten mit einem Menschenbild wie dem gerade beschriebenen das Aufenthaltsrecht entzieht. Anstatt islamische Feiertage zu fordern, müssen die islamischen Verbände und Autoritäten schleunigst dafür sorgen, dass sich ein mit den Werten des Abendlandes zu vereinbarendes Islam - Ansätze dazu gibt es ja längst - durchsetzt und als Maßstab auch innerhalb der muslimischen Gemeinschaft anerkannt und gepredigt wird. Der Staat kann auf der sozialen Ebene helfen: Heinz Buschkowsky, der ehemalige Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, schlägt eine Kindergartenpflicht vor, so dass von klein auf die Sprache und sozialer Umgang geübt werden. Er fordert gemeinsamen Sport- oder Schwimm- und Biologieunterricht für Mädchen und Jungen. Überhaupt: keinerlei sogenannte „kulturelle Rabatte“. Der berüchtigtste dieser Art ist die Bezeichnung „Ehrenmord“, den es natürlich überhaupt nicht gibt. Denn Mord hat nach unserem Rechtsverständnis mit Ehre eben nichts zu tun (einzige vorstellbare Ausnahme ist der Tyrannenmord).

6. Kirche für Menschen

Die Ankunft vieler Menschen in Deutschland bildet auch eine Herausforderung und eine Chance für die Kirchen. Advent ist nicht mehr nur im Dezember. Während des ganzen Jahres suchen Fremde eine Herberge. Bisher haben die Kirchen weit reichend geholfen. Das Erzbistum Köln hat viele Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig haben Kardinäle und Bischöfe für die Willkommenskultur geworben. Man kann sich fragen, was Kirche in mehrfach saturierten Gesellschaften überhaupt zu tun hat. Zur Antwort gehört einerseits das Wissen,



dass es auch in einem reichen Land viel materielle und geistige oder seelische Not gibt. Andererseits sind jetzt Menschen gekommen, die offen erkennbar Hilfe, Zuwendung, ein Lächeln, ein Bewähren im Christsein benötigen. Christentum bedeutet, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Den Bedürftigen zumal. Demgegenüber sind Auseinandersetzungen wie der Streit über Ehescheidung, Zulassung geschiedener Wiederverheirateter etwa zur Kommunion, über den Zölibat, über die Zulassung von Frauen zum Priesteramt mehr und mehr unverständlich. Und sie verstellen den Blick auf die wichtige Arbeit, die in den Gemeinden und auch in Ihren Gemeinschaften geleistet wird. Gregor Gysi, der ehemalige Fraktionschef der Linken im Deutschen Bundestag, hat einmal gesagt, ich gebe ihn sinngemäß wieder, obwohl er, Gysi, Atheist sei, graue ihm vor einer Welt ohne Religion. Zur Kirche gehört natürlich Tradition, Liturgie etc. Aber ich kann mir die Kirche der Zukunft nur in Verbindung von Spiritualität mit direkter sozialer oder humanitärer Arbeit vorstellen. Das heißt radikal christlich: so wie die Gemeinschaft St. Egidio in Rom. Mein Freund Rupert Neudeck erzählte mir einmal, er habe dort eine Messe besucht, die mehrere Stunden gedauert habe, weil immer wieder junge Menschen ein Sozialprojekt vorgestellt haben und weitere konkrete Hilfe für dieses Projekt verabredet wurde. Wenn sich Kirche in diese Richtung weiterentwickelte, könnte der Auszug der enttäuschten Gläubigen beendet werden. Auf der anderen Seite werden die vielen kaum nachvollziehbaren Regeln, an denen die Vatikan-Kirche mit sehr viel Energie festhält, von vielen als Aus-

druck einer unendlich tief sitzenden Angst wahrgenommen.

Der Benediktinerpater Nikodemus Schnabel, der in Jerusalem in der Dormitio-Abtei lebt, hat für die intolerante Form vorgeblich religiöser Radikalität den Begriff der Religions-Hooligans geprägt. Die trifft man in allen Religionen an. Ein gelungener Begriff für Menschen, die von allen möglichen Körperteilen gelenkt werden, nur nicht vom Kopf und schon gar nicht vom Herzen. Papst Benedikt XVI. hat zum Abschluss seiner Rede im Deutschen Bundestag den Abgeordneten ein hörendes Herz gewünscht. Das ist ein schönes Bild, das gerade auch der Weltkirche gut zu Gesicht stünde. Und das wäre mit Sicherheit sehr im Sinne des gegenwärtigen Papstes. Dies ist der Gegenentwurf zu selbsternannten Abendlandschützern, die aus Angst und mit Angst hetzen. Wobei die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört oder nicht, überflüssig ist. Was zu Deutschland gehört, sollen die Bürgerinnen und Bürger festlegen, nicht Vertreter des Staates oder von Parteien. Angela Merkel hat vor einigen Monaten sinngemäß gesagt, wer vor dem Islam warne, der solle sich einmal mit seiner eigenen religiösen Tradition beschäftigen. Wenn man Menschen nach der Bedeutung des Pfingstfestes frage, erhielte man vermutlich erbärmliche Antworten. Dahinter steht das Problem: Wohin wollen wir die Menschen integrieren, die gekommen sind. Wer oder was wollen wir sein?

IV. Ausblick

Der Jurist Ulrich Jan Schröder, Privatdozent für öffentliches Recht Goethe-

Universität Frankfurt a.M, hat in der FAZ geschrieben:

„Der Staat ist nicht stark, wenn es um gesellschaftliche Integration geht. (...) Sicherlich sind wir nicht nur eine Solidargemeinschaft von Steuerzahlern. Aber was die Gesellschaft zusammenhält, muß man klären und ehrlich aussprechen, bevor Integration zur Pflicht gemacht wird.“ (FAZ 12.05.2016).

Reicht es, dass aus Migranten Konsumenten werden? Vielleicht verstören diese Fragen auch eine Gesellschaft, die in Teilen und zunehmend religiös un-musikalisch geworden ist. Die Migranten stellen uns diese Fragen.

Die Menschen, die gekommen sind, haben diesem Land schon Beine gemacht - denken Sie an die rekordverdächtig schnelle Reform des Asylrechts, die Verschiebungen auf europäischer Ebene, die innenpolitische Radikalisierung - und sie werden weiterhin dafür sorgen. Ich habe mehrere Bereiche aufgezählt. Wir werden vermutlich beides erleben: Fruchtbare, Debatten über Identität, Infragestellung sinnloser Gewohnheiten in Staat und Gesellschaft, das Erlebnis von Teilen und Helfen einerseits. Und andererseits Furchtbares - denken Sie an brennende Unterkünfte oder die Silvesternacht, vielleicht Terroranschläge. Es wird unruhig werden. Mit Johannes XXIII. möchte ich enden: Sie kennen seinen schönen Satz: „Wer glaubt, zittert nicht.“ Dankeschön.

.....

* Referat bei der Mitgliederversammlung der Deutschen Ordensoberrkonferenz vom 12. bis 15. Juni 2016 in Vallendar.

